

10 Jahre Europäische Währungsunion

Die Anfänge des Euro

Am 1. Januar 1999 begann mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung in 11 der damaligen 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien) die dritte und abschließende Phase der Europäischen Währungsunion. Unmittelbar zuvor wurden die Umrechnungskurse zwischen den nationalen Währungen und dem Euro festgelegt. Der Euro wurde zunächst nur als Buchgeld eingeführt, Anfang 2002 folgte die Bargeldeinführung und der Euro wurde alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel.

Anfang 1999 wurde zugleich die Verantwortung für die gemeinsame Währung der am 1. Juni 1998 errichteten Europäischen Zentralbank übertragen, die im Verbund mit den nationalen Zentralbanken die Stabilität der Preise in der Gemeinschaft gewährleisten soll. Damit die europäische Geld- und Währungspolitik allein diesem Ziel verschrieben bleibt, nehmen die Zentralbanken die ihnen dafür verliehenen Befugnisse unabhängig von den Organen der Gemeinschaft oder der Mitgliedstaaten wahr.

Die Währungsunion bindet alle daran teilnehmenden Volkswirtschaften enger aneinander. Damit die gemeinsame Währung auf Dauer einen starken Ersatz für die nationalen europäischen Währungen bietet, mussten bzw. müssen die teilnehmenden Staaten vor dem Beitritt zur Währungsunion einen Prozess durchlaufen, in dessen Verlauf die Defizite und Schulden reduziert, die Inflationsrate gesenkt und die Wechselkurse zueinander stabilisiert werden (**Konvergenzkriterien**).

In den vergangenen zehn Jahren hat sich nicht nur die EU erweitert, sondern auch die Zahl jener Mitgliedstaaten erhöht, die den Euro als Währung übernommen haben. Griechenland, das die Konvergenzkriterien 1999 noch nicht einhalten konnte, trat 2001 dem Eurosystem bei. Von den seitdem aufgenommenen Ländern haben Slowenien Anfang 2007 sowie Malta und Zypern Anfang des Jahres 2008 den Euro einführen können. Damit wird der Euro derzeit von rund 320 Millionen Menschen in weit mehr als der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten verwendet.

Zwischenbilanz

Die internationalen Märkte begegneten dem Euro anfangs skeptisch. Mitte 2003 übertraf der Wechselkurs zum Dollar den Eröffnungskurs von 1999 und bewegt sich seitdem tendenziell aufwärts (siehe Grafik →). Der Euro ist inzwischen die **wichtigste internationale Währung nach dem Dollar**. Sein heutiger Anteil an den statistisch erfassten weltweiten Währungsreserven (gut 26 %) liegt über dem Anteil, der sich Ende 1998 in der Summe für seine Vorläuferwährungen ergab (rund 18 %). Auch bei den Devisentransaktionen und als Handelswährung hat der Euro an Bedeutung dazu gewonnen. Dabei ist zu beachten, dass hinsichtlich der internationalen Rolle des Euros geografisch eine Konzentration auf die nähere Umgebung des Euroraums zu beobachten ist. Das heißt, der Euro spielt insbesondere für solche Länder eine bedeutende Rolle, die mit dem Euro-Währungsgebiet enge Verbindungen haben. Dies gilt insbesondere für Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich.



Für die Bürger hat sich der Euro unmittelbar dadurch positiv ausgewirkt, dass die **Schwankungsrisiken und Umtauschkosten entfielen**, die mit den Wechselkursen zwischen den einzelnen alten Währungen verbunden waren. Unternehmen können ihre Waren auf längere Sicht in anderen Euro-Ländern einkaufen oder verkaufen, ohne einen sich nachteilig entwickelnden Kurs oder Kosten einkalkulieren zu müssen. Diesen Vorteil genießen auch Reisende im Euroraum.

Als Gewinn wird der Euro auch deshalb gesehen, weil die Preisstabilitätspolitik der Europäischen Zentralbank bisher zu einer **relativ niedrigen Inflation** und zu **niedrigen Zinssätzen** geführt hat. So stiegen die Verbraucherpreise im Zeitraum 1999 bis 2007 durchschnittlich jährlich um 2,1 %. Demgegenüber waren stark schwankende Inflationsraten von 10 oder 20 % in einzelnen Mitgliedstaaten vor der Zeit des Euros keine Seltenheit. Die Zinsen sind von durchschnittlich 9 % in den 90er-Jahren auf rund 5 % seit 1999 gesunken, sodass Unternehmen und Bürger günstiger Kredite aufnehmen konnten.

Daneben wurde der **Handel durch den Euro angeregt**. Die Intensivierung des Handels durch die Gemeinschaftswährung wird auf drei Effekte zurückgeführt: Wegfall von Transaktionskosten, Wegfall von Wechselkursrisiken und steigende Preistransparenz. So ist der Wert der Warenein- und -ausfuhren unter den Teilnehmern von rund 26 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 1998 auf 33 % im Jahr 2007 gestiegen. Verschiedene empirische Studien sind zu dem Ergebnis gekommen, dass rund zwei bis drei Prozentpunkte dieses Handelszuwachses auf die Gemeinschaftswährung zurückzuführen sind. Davon profitierte insbesondere die exportorientierte deutsche Wirtschaft, die mehr als 42 % aller Exporte innerhalb des Euroraums abwickelt.

Kritisch wird nach 10 Jahren Währungsunion unter anderem angemerkt, dass das **Ansehen des Euro** bei den Bürgern nicht seiner Stabilität entspricht. Der Euro wird von den Bürgern nämlich immer noch vielfach als „Teuro“ empfunden. Dieser Unterschied zwischen gefühlter und tatsächlicher Inflation wird insbesondere darauf zurückgeführt, dass es zur Euro-Umstellung und später teils kräftige Preisanhebungen in einzelnen Dienstleistungssegmenten wie der Gastronomie sowie bei einer Reihe von Gütern des täglichen Lebens gab.

Ein nach wie vor erhebliches Problem für die Stabilität der Währungsunion stellen auch die anhaltenden **wirtschaftlichen Divergenzen innerhalb des Euroraums** dar. So haben zum Beispiel die Südländer Griechenland und Spanien in den vergangenen Jahren erhebliche Außenhandelsdefizite aufgebaut, während Deutschland umgekehrt einen großen Außenhandelsüberschuss aufweist. Diese Divergenzen, die früher unter anderem durch die Veränderung der Wechselkurse und eine entsprechende nationale Zinspolitik abgebaut werden konnten, erschweren eine einheitliche Geldpolitik innerhalb der Union. Nach Einschätzung unter anderem der Bundesbank sind die Mitgliedstaaten jedoch bisher trotz dieser Ungleichgewichte relativ gut mit einer einheitlichen Geldpolitik zurechtgekommen.

Zukunftsaussichten

Am 1. Januar 2009 wird die Slowakei das sechzehnte Mitgliedsland der Währungsunion. Es wird davon ausgegangen, dass nach dem **Beitritt der Slowakei** in den nächsten zwei bis drei Jahren keine Erweiterung der Eurozone erfolgen wird. Die Anwärterstaaten Estland, Lettland und Litauen nehmen zwar schon länger als die geforderten zwei Jahre am Wechselkursmechanismus II teil, doch verletzen alle drei Staaten derzeit deutlich das Konvergenzkriterium der Preisstabilität.

Ob die Währungsunion auch die nächsten zehn Jahre gut übersteht, wird entscheidend davon abhängen, ob bei der Aufnahme neuer Mitglieder streng auf die Konvergenzkriterien geachtet wird und ob auch in Zukunft unter den Mitgliedstaaten die Bereitschaft besteht, sich über die in der nationalen Verantwortung verbliebene Wirtschaftspolitik flexibel den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die wirtschaftlichen Divergenzen im Eurogebiet zu groß werden.

Quellen:

- Europäische Zentralbank, Monatsbericht 10 Jahre EZB, April 2008.
- Schieritz, Mark, Und jetzt alle zusammen, Zeit online, 23/2008, S. 28.
- Weber, Axel A., Zehn Thesen zu zehn Jahren europäischer Geldpolitik, Rede in Bielefeld am 13. Juni 2008. Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 25, 18. Juni 2008.